

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/066(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 05.06.2008	Ratssaal	14:00Uhr	20:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 3.1 Gültigkeit der Oberbürgermeisterwahl am 9. März 2008 DS0170/08
- 4 Ernennung, Vereidigung und Verpflichtung des Oberbürgermeisters (§ 58 Abs, 5 GO LSA)
- 5 Bestätigung der Beschlussprotokolle der 64.(IV) und 65. (IV) Sitzung vom 08.05./13.05.2008

- 6 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 7 Berichte der Beauftragten
- 7.1 Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2007 I0095/08
- 7.2 Tätigkeitsbericht des Amtes für Gleichstellungsfragen 2006/2007 I0115/08
- 7.3 Jahresbericht des Seniorenbeauftragten für das Jahr 2007 I0094/08
- 8 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 8.1 Wahl der Vertrauenspersonen für den Richterwahlausschuss DS0171/08
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 8.2 Erste Änderungssatzung zur Hauptsatzung DS0072/08
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 8.3 Satzung über die Aufhebung der Gemeinnützigkeitssatzung des Zoologischen Gartens DS0112/08
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 8.4 Jahresabschluss 2007 der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID) DS0141/08
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 8.5 Jahresabschluss 2007 der Städtische Werke Magdeburg GmbH (SWM) DS0234/08
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 8.6 Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebes "Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime" (EB SSW) und Auflösung des EB SSW und seiner Eigenbetriebssatzung mit Ablauf des 31.12.2007 DS0206/08
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

8.7	Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfungen des Rumpfgeschäftsjahres 2007 und des Geschäftsjahres 2008 der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0148/08
8.8	Eigenkapital und Wirtschaftsplan 2008 der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0183/08
8.8.1	Eigenkapital und Wirtschaftsplan 2008 der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH Finanz- und Grundstücksausschuss	DS0183/08/ 1
8.9	Eckwertebeschluss für den Haushalt 2009 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0150/08
8.9.1	Eckwertebeschluss für den Haushalt 2009 CDU - Fraktion	DS0150/08/ 1
8.9.2	Eckwertebeschluss für den Haushalt 2009 SPD - Fraktion	DS0150/08/ 1/1
8.9.3	Eckwertebeschluss für den Haushalt 2009 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0150/08/ 2
8.9.4	Eckwertebeschluss für den Haushalt 2009 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0150/08/ 3
8.10	HKK-Maßnahme 122 - Budgetkürzung zur Absicherung des PPP-Projektes Schulen BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0218/08
8.11	Namensgebung einer Schule BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	DS0137/08
8.11.1	Namensgebung einer Schule Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	DS0137/08/ 1

8.12	Kommunaler Finanzierungsausgleich (KFA) an den Verwaltungskosten der Jobcenter ARGE Magdeburg GmbH BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0054/08
8.13	2. Nord-Süd-Verbindung der Straßenbahn - Bauabschnitt 3 Streckenverlängerung Bördepark / Reform - BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr WV v. 08.05.08	DS0590/07
8.13.1	2. Nord-Süd-Verbindung der Straßenbahn - Bauabschnitt 3 Streckenverlängerung Bördepark / Reform - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0590/07/ 1
8.14	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 366-2 "Döllweg" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0097/08
8.14.1	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 366-2 "Döllweg" Ausschuss für Umwelt und Energie	DS0097/08/ 1
8.15	Widmung von Gemeindestraßen im B-Plan-Gebiet 428-1C "Salbker Chaussee/ Nordseite" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0098/08
8.16	Behandlung der Stellungnahmen zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 134-2 "Gröperstraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0511/07
8.17	Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Nr. 134-2 "Gröperstraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0502/07
8.17.1	Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Nr. 134-2 "Gröperstraße" Ausschuss für Umwelt und Energie	DS0502/07/ 1
8.17.2	Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Nr. 134-2 "Gröperstraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	DS0502/07/ 2
8.18	Bestätigung des Beschlusses Nr. 1146-37(IV)06 - Förderbedingung der Maßnahme "Blauer Bock"	DS0186/08

- BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 8.18.1 Bestätigung des Beschlusses Nr. 1146-37(IV)06 - Förderbedingung der Maßnahme "Blauer Bock" DS0186/08/1
SPD - Fraktion
- 8.18.2 Bestätigung des Beschlusses Nr. 1146-37(IV)06 - Förderbedingung der Maßnahme "Blauer Bock" DS0186/08/2
CDU - Fraktion
- 8.18.3 Bestätigung des Beschlusses Nr. 1146-37(IV)06 - Förderbedingung der Maßnahme "Blauer Bock" DS0186/08/2/1
CDU - Fraktion
- 8.19 Platzbenennung Stadtfeld Ost DS0151/08
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 9 Einwohnerfragestunde
Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.
- 10 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
- 10.1.1 Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgabemitteln zur Bezahlung der Betriebskosten für alle schulischen Einrichtungen DS0548/07/1
Fraktion future! - die jugendpartei
WV v. 06.12.07
- 10.1.2 Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgabemitteln zur Bezahlung der Betriebskosten für alle schulischen Einrichtungen DS0548/07/1/1
Fraktion future! - die jugendpartei
- 10.1.3 Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgabemitteln zur Bezahlung der Betriebskosten für alle schulischen Einrichtungen DS0548/07/2
Ausschuss für Umwelt und Energie
- 10.1.4 Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgabemitteln zur Bezahlung der Betriebskosten für alle schulischen Einrichtungen S0004/08
- 10.2 Konzept "Rauchfreie Schulen" A0149/07
Fraktion future! - die jugendpartei

	WV v. 04.10.07	
10.2.1	Konzept "Rauchfreie Schulen" SPD - Fraktion	A0149/07/1
10.2.2	Konzept "Rauchfreie Schulen" Jugendhilfeausschuss	A0149/07/1/ 1
10.2.3	Projekt: Rauchfreie Schüler Fraktion future! - die jugendpartei	A0149/07/2
10.2.4	Konzept "Rauchfreie Schulen"	S0243/07
10.3	Modellprojekt zur schülerbezogenen Lehrerstundenzuweisung Fraktion DIE LINKE WV v. 17.01.08	A0178/07
10.3.1	Modellprojekt zur schülerbezogenen Lehrerstundenzuweisung Fraktion DIE LINKE	A0178/07/1
10.3.2	Modellprojekt zur schülerbezogenen Lehrerstundenzuweisung	S0047/08
10.4	Bei Auswandererorganisationen für Magdeburg werben FDP - Fraktion WV v. 14.02.08	A0025/08
10.4.1	Bei Auswandererorganisationen für Magdeburg werben	S0064/08
10.5	Ort der Erinnerung Fraktion DIE LINKE WV v. 14.02.08	A0029/08
10.5.1	Ort der Erinnerung Ausschuss KRB	A0029/08/1
10.5.2	Ort der Erinnerung CDU - Fraktion	A0029/08/2

10.5.3	Ort der Erinnerung	S0056/08
10.6	Ausstellung "Afghanistan - Bilder aus einer anderen Welt" CDU - Fraktion WV v. 13.03.08	A0047/08
10.6.1	Ausstellung "Afghanistan - Bilder aus einer anderen Welt"	S0100/08
10.7	Parkplatz Sternbrücke (neu) Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 13.03.08	A0056/08
10.7.1	Parkplatz Sternbrücke (neu) Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0056/08/1
10.7.2	Parkplatz Sternbrücke (neu) Ausschuss StBV	A0056/08/2
10.7.3	Parkplatz Sternbrücke (neu) SR Müller Fraktion DIE LINKE	A0056/08/3
10.7.4	Parkplatz Sternbrücke (neu)	S0086/08
10.8	Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung Interfraktionell WV v. 13.03.08	A0066/08
10.8.1	Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung	S0082/08
10.9	Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates Stadtratsvorstand	A0035/07
10.9.1	Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates Oberbürgermeister	A0035/07/1

10.9.2	Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates Fraktion BfM	A0035/07/2
10.9.3	Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates Ausschuss KRB	A0035/07/3
10.9.4	Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates Ausschuss KRB	A0035/07/4
10.9.5	Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates Interfraktionell	A0035/07/5
10.9.6	Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates Interfraktionell	A0035/07/6
10.9.7	Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates Interfraktionell	A0035/07/7
10.9.8	Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates Interfraktionell	A0035/07/8
10.9.9	Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates FDP - Fraktion	A0035/07/9
10.9.10	Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates Fraktion DIE LINKE	A0035/07/10
10.10	Erhalt des Instituts für Rechtsmedizin Fraktion BfM	A0124/08
10.11	Profilierung der Landeshauptstadt Magdeburg als Modellstadt erneuerbarer Energien Ausschuss RWB	A0101/08
10.12	Förderung der Alten Neustadt nach Urban 21 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0104/08
10.13	"Schwedenstraße" nach Magdeburg verlängern FDP - Fraktion	A0112/08

10.14	70. Jubiläum Mittellandkanal und Schiffshebewerk Rothensee FDP - Fraktion	A0113/08
10.15	Sachstand und Ausblick zu den Maßnahmen zur Rettung des Schiffshebewerkes Interfraktionell	A0127/08
10.15.1	Sachstand und Ausblick zu den Maßnahmen zur Rettung des Schiffshebewerkes CDU - Fraktion, SPD - Fraktion	A0127/08/1
10.16	Vandalismus an Magdeburger Schulen bekämpfen FDP - Fraktion	A0114/08
10.17	GWA Sitzungen mit dem Ratsinformationssystem verknüpfen Fraktion future! - die jugendpartei	A0115/08
10.18	Wettbewerb "Kinder- und familienfreundliche Stadt" Fraktion DIE LINKE	A0116/08
10.19	Sanierung der Schwimmhalle Diesdorf Fraktion DIE LINKE	A0117/08
10.20	Aufgabenbeschreibung und Verdingungsunterlagen für Schulsanierungsprojekte nach PPP Fraktion DIE LINKE	A0119/08
10.21	Einflussnahme auf die Gestaltung des Standortes "Blauer Bock" Fraktion future! - die jugendpartei	A0120/08
10.22	Kostenreduzierung durch Open-Source Software SPD - Fraktion und Fraktion future! - die jugendpartei	A0121/08
10.23	MVB-Klassentickets für Magdeburger Schulen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion future! - die jugendpartei	A0122/08
10.24	Jährlicher Bericht der Kinderbeauftragten Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0111/08

10.25	Zugang zum Berufswahlpass befördern FDP - Fraktion	A0123/08
10.26	Austauschprogramm zur EU - Fördermittelakquise FDP - Fraktion	A0125/08
10.27	Parken in der Friesenstraße Fraktion future! - die jugendpartei	A0110/08
10.28	Verbesserung des Einbruchschutzes CDU - Fraktion	A0128/08
10.29	Behindertengerechter Umbau der Straßenbahnhaltestelle Zoo (Schöppensteg) CDU - Fraktion	A0129/08
10.30	Optimierung des städtischen Immobilienvermögens CDU - Fraktion	A0130/08
10.31	Beteiligung am Wettbewerb European Enterprise Award 2008 CDU - Fraktion	A0131/08
10.32	Einrichtung forensische Ambulanz, Mittelstraße 24, Großer Werder	A0133/08
10.32.1	Einrichtung forensische Ambulanz, Mittelstraße 24, Großer Werder	A0133/08/1
10.33	Gegen Weitergabe von Informationen aus nicht öffentlichen / für nicht öffentliche Beratungen	A0135/08
11	Informationsvorlagen	
11.1	CO2-Bilanz der Landeshauptstadt Magdeburg (Datenbasis 2005)	I0016/08
11.2	Verfahrensweise "Sanierung der Integrativen Kindereinrichtung "Fliederhof" J-Göderitz-Str. 30/31	I0081/08

11.3	Ergebnisse Workshop zum Bericht der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG)	I0092/08
11.4	Sponsoringleistungen 2007 für die Landeshauptstadt Magdeburg	I0106/08
11.5	Änderungsantrag DS0400/07/2 - Entlastungsstraße Buckau	I0110/08
11.6	"Kooperatives Jobcenter"	I0111/08
11.7	Public Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen der Landeshauptstadt Magdeburg an privatrechtlichen Unternehmen	I0116/08
11.8	Jahresbericht 2007 der AG 6 - "Graffiti" des Kriminalpräventiven Beirates (KpB)	I0121/08
11.9	Wirtschaftspolitische Leitlinien	I0122/08
11.10	Verlauf und wesentliche Ergebnisse der Einwohnerversammlung Diesdorf	I0143/08
11.11	Sachstand zur Entwicklung und Profilierung der berufsbildenden Schulen in der LH Magdeburg	I0153/08
	Nichtöffentliche Sitzung	
12	Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss 1961-65(IV)08 vom 13.05.08	
13	Beschlussfassung durch den Stadtrat	

- 13.1 Rahmenvereinbarung zwischen Eigenbetrieb Kommunales Gebäudemanagement und KID GmbH Magdeburg DS0094/08
BE: Oberbürgermeister
- 13.2 Wahl von Schiedspersonen DS0152/08
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 13.3 Vorschlagsliste für die Schöffenwahl DS0173/08
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 13.4 Vorschlagsliste für ehrenamtliche Verwaltungsrichter/Oberverwaltungsgericht DS0189/08
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 13.5 Personalangelegenheit DS0164/08
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 13.6 Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH - Grunderwerb - DS0149/08
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 14 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
- 14.1 Klage auf Schadensersatz A0109/08
Finanz- und Grundstücksausschuss
- 15 Informationsvorlagen
- 15.1 Kaufpreiszahlung für Geschäftsanteile gemäß Vergleich vom 20.11.2007 I0090/08

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 66.(IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
Zu Beginn anwesend	37		
maximal anwesend	53	“	“
entschuldigt	4	“	“

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge informiert über folgende Auszeichnungen nach § 7 der Ehrenbürgerschaft durch den Oberbürgermeister:

Mit der „Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg“ in Gold wurde der

Kleingärtnerverein „Hoffnung e.V.
Eingereicht am 10.03.2008
Gründungsdatum: 21.06.1908
DS0244/08 – Beschluss-Nr. 181-22/08

in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters am 03.06.2008 ausgezeichnet.

Mit der „Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg“ in Gold wurde das

Handelsunternehmen Uhren- und Schmuck Sidonia Riemann
Eingereicht am 07.03.2008
Gründungsdatum 08.04.1908
DS0184/08 – Beschluss-Nr. 130-17/08

in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters am 29.04.2008 ausgezeichnet.

Mit der „Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg“ in Bronze wurde die

Firma Klempner und Installateure Süd e.G.

Eingereicht am 11.04.2008

Gründungsdatum 10.06.1958

DS0244/08 – Beschluss-Nr. 164-20/08

in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters am 20.05.2008 ausgezeichnet.

2. Bestätigung der Tagesordnung

1. Erweiterung der TO

Antrag des Ausschusses FuG

in öffentlicher Sitzung

A0133/08 – Einrichtung forensische Ambulanz, Mittelstraße
24, Großer Werder

(2/3 Mehrheit angenommen) als **TOP 10.32**)

Hierzu liegt der Änderungsantrag A0133/08/1 der
SPD- und CDU-Fraktion vor.

Antrag der Fraktion
DIE LINKE

A0135/08 – Gegen Weitergabe von Informationen aus
nicht öffentliche Beratungen

(2/3 Mehrheit angenommen) als **TOP 10.33**)

2. zurückgezogene TOP

Der TOP 8.11 – DS0137/08 wird von der **heutigen** Tagesordnung **zurückgezogen**.

Der TOP 10.9 – A0035/07 wird von der **heutigen** Tagesordnung **zurückgezogen**.

Der TOP 13.5 – DS0164/08 wird von der **heutigen** Tagesordnung **zurückgezogen**.

3. Hinweis

Der TOP 8.10 – DS0218/08 wird vor dem TOP 8.9 – DS0150/08 beraten.

Zum TOP 12 kündigt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning eine persönliche Erklärung an.

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

3. Beschlussfassung durch den Stadtrat

3.1. Gültigkeit der Oberbürgermeisterwahl am 9. März 2008 DS0170/08

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1964-66(IV)08

Der Stadtrat trifft folgende Wahlprüfungsentscheidung hinsichtlich der Wahl zum Oberbürgermeister am 9. März 2008:

Einwendungen gegen die Wahl liegen nicht vor. Die Wahl ist gültig.

4. Ernennung, Vereidigung und Verpflichtung des
Oberbürgermeisters (§ 58 Abs, 5 GO LSA)

Nach Verlesen der Ernennungsurkunde überreicht der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge Herrn Dr. Trümper die Ernennungsurkunde.

Herr Dr. Trümper leistet den Diensteid.

Herr Dr. Trümper und der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge unterzeichnen die Niederschrift über die Vereidigung.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge verpflichtet den neu ernannten Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper gemäß § 58 GO LSA in Verbindung mit § 68 GO LSA und weist auf die besonderen Dienstplichten entsprechend der §§ 30 und 31 der GO LSA hin.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge überreicht dem Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper das Schreiben „Planstelleneinweisung und Dienstbezüge“.

Im Anschluss gratuliert der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge Herrn Dr. Trümper zum neuen Amt und wünscht eine gute Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt Magdeburg.

Im Rahmen seiner Antrittsrede bedankt sich der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bei den Wählerinnen und Wählern der Stadt. Des weiteren dankt er dem Stadtrat für die konstruktive Zusammenarbeit in den vergangenen 7 Jahren und hofft auch weiterhin, gemeinsam die anstehenden Aufgaben zum Wohle der Stadt Magdeburg zu meistern. Abschließend spricht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung seinen Dank für die geleistete Arbeit aus.

Die Vorsitzenden aller Fraktionen beglückwünschen den neu ernannten Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper zum neuen Amt.

5. Bestätigung der Beschlussprotokolle der 64.(IV) und 65. (IV)
Sitzung vom 08.05./13.05.2008

Beschlussprotokoll der 64. (IV) Sitzung des Stadtrates 08.05.2008

Redaktionelle Änderung der Fraktion DIE LINKE:

Auf der Seite 21 mußt es im 2. Absatz in der 3. Zeile richtig heißen:

...als Gast **in der Gesellschafterversammlung**

Redaktionelle Änderung der Fraktion BfM:

Auf der Seite 35 ist unter TOP 6.20, 4. Absatz, 2. Zeile ist nach dem Wort „großzügig“ das Wort „**auch**“ und folgender Satz zu ergänzen:

Dies wird aber gegen den Bürgerwillen schlecht durchsetzbar sein.

Redaktionelle Änderung der CDU-Fraktion:

Auf der Seite 8 sind unter TOP 8.30 die Einbringer zu ergänzen:

SPD-und CDU-Fraktion

Auf der Seite 11 ist nach TOP 15.15 einzufügen:

Nichtöffentlicher Teil

Auf der Seite 16 ist unter TOP 6.1 als 2. Absatz einzufügen:

Durch Vertreter der CDU-Ratsfraktion wird darauf aufmerksam gemacht, dass mit der Beschlussfassung zur dieser Drucksache erst die Hälfte der Stadtratsbeschluss zum Antrag A0043/03 erfüllt ist. Da die Aufnahme einer Städtepartnerschaft mit einer französischen Stadt immer noch aussteht.

Auf der Seite 32 muss es unter TOP 6.18 im 4. Absatz richtig heißen:

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern,

Auf der Seite 35 ist unter TOP 6.20 der 7. Absatz wie folgt zu ergänzen:

Dabei geht er insbesondere auf die möglichen Folgen der Schließung der Straße „Am Vogelgesang“ ein.

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 64. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 08.05.2008 wird einstimmig **bestätigt**.

Beschlussprotokoll der 65. (IV) Sitzung des Stadtrates am 13.05.2008

Redaktionelle Änderung der Verwaltung:

Auf der Seite 18 mus es im Satz vor der Beschlussnummer richtig heißen:

mehrheitlich, bei einigen **Gegenstimmen** und Enthaltungen:

Redaktionelle Änderung der FDP-Fraktion:

Auf der Seite 16 ist unter TOP 8.15 im Beschlusstext zu ergänzen:

Der vorliegende Änderungsantrag A0085/08/1 der FDP-Fraktion wird in die Beratung mit einbezogen.

Redaktionelle Änderung der CDU-Fraktion:

Auf der Seite 4 ist unter TOP 8.30 als einbringende Fraktion zu ergänzen:

CDU-Fraktion

Auf der Seite 19 ist unter TOP 8.18 der 2. Absatz wie folgt zu ergänzen:

Des Weiteren verweist er auf die CDU-Anträge mit der gleichen Zielstellung zu dieser Thematik.

Auf der Seite 27 ist unter TOP 8.30 im Kurztitel zu ergänzen:

CDU-Fraktion

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 65. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 13.05.2008 wird einstimmig **bestätigt**.

6. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

7. Berichte der Beauftragten

-
- 7.1. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2007 I0095/08

Der Behindertenbeauftragte der Stadt Magdeburg Herr Pischner gibt den Jahresbericht für das Jahr 2007 ab. Der ausführliche Redebeitrag ist dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt.

- 7.2. Tätigkeitsbericht des Amtes für Gleichstellungsfragen 2006/2007 I0115/08
-

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Beier gibt den Tätigkeitsbericht des Amtes für Gleichstellungsfragen für die Jahre 2006/2007 ab. Der ausführliche Redebeitrag ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

- 7.3. Jahresbericht des Seniorenbeauftragten für das Jahr 2007 I0094/08
-

Der Seniorenbeauftragte der Stadt Magdeburg Herr Schabanoski gibt den Jahresbericht für das Jahr 2007 ab. Der ausführliche Redebeitrag ist dem Protokoll als **Anlage 3** beigefügt.

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Danicke übernimmt die Sitzungsleitung.

8. Beschlussfassung durch den Stadtrat
-

- 8.1. Wahl der Vertrauenspersonen für den Richterwahlausschuss DS0171/08
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine
Verwaltung
-

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1965-66(IV)08

Der Stadtrat wählt die in der Anlage genannten Personen zu Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen für das Amtsgericht Magdeburg und die aus dem Amtsgerichtsbezirks zu benennenden Schöffen für das Landgericht Magdeburg.

- 8.2. Erste Änderungssatzung zur Hauptsatzung DS0072/08
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine
Verwaltung
-

Die Ausschüsse KRB und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 43 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1966-66(IV)08

Der Stadtrat beschließt die Erste Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg vom 11. Juli 2007 (Amtsblatt für die Landeshauptstadt Magdeburg Nr. 17 vom 11. Juli 2007) gemäß beiliegender Anlage.

- 8.3. Satzung über die Aufhebung der Gemeinnützigkeitssatzung des DS0112/08
Zoologischen Gartens
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine
Verwaltung
-

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 43 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1967-66(IV)08

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Aufhebung der Satzung zur Gemeinnützigkeit des Zoologischen Gartens Magdeburg vom 24.11.1998 (Amtsblatt für die Landeshauptstadt Magdeburg Nr. 85/1998) gemäß beiliegender Anlage.

8.4. Jahresabschluss 2007 der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID) DS0141/08

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1968-66(IV)08

1. Der Stadtrat nimmt den von der Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2007 der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID) zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der KID werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss zum 31.12.2007 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 5.723.395,56 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 413.855,28 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 413.855,28 EUR an die Gesellschafterin Landeshauptstadt Magdeburg auszuschütten,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Wandersleb, sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung zu erteilen,
 - für das Geschäftsjahr 2008 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH, zum Abschlussprüfer zu bestellen.

- 8.5. Jahresabschluss 2007 der Städtische Werke Magdeburg GmbH DS0234/08
(SWM)
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1969-66(IV)08

1. Der Stadtrat nimmt den von der BDO Deutsche Warentreuhand AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2007 der SWM zur Kenntnis.
2. Der Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der SWM wird angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2007 der SWM mit einer Bilanzsumme von 509.731 Tsd. EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 27.980 Tsd. EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 27.980 Tsd. EUR vollständig an die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Anteile auszuschütten,
 - der Geschäftsführung sowie dem Aufsichtsrat der SWM für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung zu erteilen,
 - den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht 2007 der SWM zur Kenntnis zu nehmen,
 - zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2008 die BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zu bestellen.

- 8.6. Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebes "Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime" (EB SSW) und Auflösung des EB SSW und seiner Eigenbetriebsatzung mit Ablauf des 31.12.2007 DS0206/08

BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

Die Ausschüsse RPB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen zur Drucksache DS0206/08 Stellung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal nimmt kritisch zur späten Bekanntgabe des durch die Sonderabschreibung entstandenen Fehlbetrages in Höhe von 6,3 Millionen Euro Stellung.

Bezüglich der Anmerkungen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geht der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann klarstellend auf das Zustandekommen des Fehlbetrages ein. Dabei geht er u.a. auf folgende Schwerpunkte ein:

- Anlagevermögen der Seniorenwohnanlage Leipziger Straße
- zu hohe Bewertung der Immobilie
- gesetzliche Vorschriften für außerplanmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen
- Indizien einer voraussichtlich dauernden Wertminderung

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning bittet um Klarstellung der Zielstellung der vorliegenden Drucksache DS0206/08.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann weist darauf hin, dass die Immobilie mit 12 Millionen Euro überbewertet wurde und das Verfahren, wie in der Drucksache DS0206/08 dargestellt, gesetzlich vorgeschrieben ist.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern empfiehlt, zukünftig in kürzeren Abständen den Immobilienmarkt zu beobachten, damit sich dies nicht wiederholt.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal vermisst ein Konzept zur Mehrvermietung, um die Wertminderung auszugleichen.

Bezüglich der Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage zur Anzahl der Baugenehmigungen für Seniorenwohnheime merkt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper an, dass es rechtlich gesehen kaum Möglichkeiten gibt, Neubauten von Seniorenwohnheime zu verhindern und sieht noch Bedarf in dieser Angelegenheit. In seinen weiteren Ausführungen geht er auf die allgemeine rückläufige Entwicklung bei der Bewertung von Immobilien ein.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich dafür aus, sich von der Immobilie an der Leipziger Straße zu trennen.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker bezeichnet in ihren Anmerkungen zur Thematik die Kostenstruktur als Kernproblem.

Abschließend legt der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann seinen Standpunkt dahingehend dar, dass sich die Perspektive bezüglich der Entwicklung der Altersstruktur schon heute errechnen lässt.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 19 Ja-, 10 Neinstimmen und 17 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1970-66(IV)08

- Jahresabschluss

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes „Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime“ auf den 31.12.2007 wird festgestellt.

1.1.	Bilanzsumme	62.005.189,39 €
1.1.1.	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	- das Anlagevermögen	58.610.109,24 €
	- das Umlaufvermögen	3.378.290,53 €
	- RAP	16.789,62 €
1.1.2.	davon entfallen auf der Passivseite auf	
	- das Eigenkapital	5.467.229,77 €
	- SOPO aus Zuschüssen/Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	41.151.711,57 €
	- Rückstellungen	2.808.324,99 €
	- Verbindlichkeiten	12.569.266,23 €
	- RAP	8.656,83 €
1.2.	Jahresverlust	- 8.380.730,02 €
1.2.1.	Summe der Erträge	21.370.185,96 €
1.2.2.	Summe der Aufwendungen	29.750.915,98 €

2. Jahresergebnis

Der lt. der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 8.380.730,02 € soll auf neue Rechnungen vorgetragen werden. Dieser erhöht den Verlustvortrag von 2.434.226,54 € auf 10.814.956,56 €

3. Entlastung Betriebsleiter

- 3.1. Dem Betriebsleiter, Herrn Kamm, wird gemäß § 18 Eigenbetriebsgesetz für das Wirtschaftsjahr 2007, für die Zeit vom 20.12.-31.12.2007, Entlastung erteilt.
- 3.2. Die Entlastung des Betriebsleiters, Herrn Pfeifer, für das Wirtschaftsjahr 2007 (01.01.2007-20.12.2007) wird auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Auflösung des Eigenbetriebes „Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime“ und der Eigenbetriebssatzung

1. Der Eigenbetrieb „Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime“ wird mit Ablauf des 31.12.2007 aufgelöst.

2. Die Satzung des Eigenbetriebes „Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime“ in der Neufassung vom 08.11.2006, veröffentlicht im Amtsblatt für die Landeshauptstadt Magdeburg 16. Jahrgang am 23. November 2006 Nr. 39, tritt rückwirkend zum 01. Januar 2008 außer Kraft.

- 8.7. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die DS0148/08
 Jahresabschlussprüfungen des Rumpfgeschäftsjahres 2007 und
 des Geschäftsjahres 2008 der WOHNEN UND PFLEGEN
 MAGDEBURG gemeinnützige GmbH
 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1971-66(IV)08

Die Gesellschaftervertreter in der Gesellschafterversammlung der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH werden angewiesen, die WIBERA Wirtschaftsberatung AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer für das Rumpfgeschäftsjahr 2007 und das Geschäftsjahr 2008 zu bestellen.

Die Jahresabschlussprüfung 2009 ist neu auszuschreiben.

- 8.8. Eigenkapital und Wirtschaftsplan 2008 der WOHNEN UND DS0183/08
 PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH
 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0183/08/1.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern unterstützt im Namen seiner Fraktion den Änderungsantrag DS0183/08/1 des Ausschusses FG.

Gemäß Änderungsantrag DS0183/08/1 des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen:

Der Beschlusspunkt 2 der Drucksache wird zurückgestellt, bis eine Beschlussfassung zum überarbeiteten Wirtschaftsplan 2008 und zur mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2009 bis 2012 durch den Aufsichtsrat erfolgt ist.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0183/08/1 des Ausschusses FG mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 1972-66(IV)08

1. Die Vertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH werden angewiesen, im Rahmen der notariellen Beurkundung des Ausgliederungs- und Übernahmevertrages ihre Zustimmung zur Übernahme eines neuen Geschäftsanteils der Landeshauptstadt Magdeburg in Höhe von 275.000 EUR zu geben.

8.9.	Eckwertebeschluss für den Haushalt 2009	DS0150/08
	BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0150/08/1 der CDU-Fraktion
- Änderungsantrag DS0150/08/1/1 der SPD-Fraktion
- Änderungsantrag DS0150/08/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Änderungsantrag DS0150/08/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann bringt die Drucksache DS0150/08 punktuell ein. Der ausführliche Redebeitrag ist dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt.

Er bittet abschließend um Zustimmung zum vorliegenden Eckwertebeschluss.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg begrüßt die frühzeitige Vorlage des Eckwertebeschlusses. Er legt seinen Standpunkt zur Gesamtproblematik dar, und stellt dabei u.a. fest, dass die Verwaltung kaum noch Reduzierungen in den einzelnen Budget vornehmen kann. Stadtrat Bromberg nimmt in seinen weiteren Ausführungen zur Anlage 1 der Drucksache DS0150/08 Stellung.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage bedauert, dass der Stadtrat immer weniger Einfluss auf die Gestaltung der Investitionen in der Stadt Magdeburg hat. Er bringt seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass für die Investition „Parkstreifen“ die Summe in diesem Jahr erhöht wird.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, legt kritisch seinen Standpunkt zum Budget 5 bezüglich der Leistungen der Jugendhilfe in und außerhalb von Einrichtungen dar und stellt fest, dass diese Maßnahme seiner Meinung nach keiner Budgetierung bedarf. Er stellt den Antrag, diese Maßnahme zu streichen.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet darum, mehr Schwerpunkte bei Investitionen für Kindertageseinrichtungen und Schulen zu setzen und begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0150/08/2.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning betont, dass seine Fraktion eine Zustimmung zum Eckwertebeschluss von der Budgetierung der Hilfen für junge Erwachsene abhängig machen wird und bittet um Klärung dieses Problems. Er übt Kritik an der Darstellung der Haushaltssituation der Stadt Magdeburg durch die Verwaltung und hinterfragt die Handlungsmöglichkeiten durch die Kommunalpolitiker. Stadtrat Brüning sieht in der vorliegenden Drucksache DS0150/08 einen Rahmen bzw. eine Grundorientierung, an dem man noch per Stadtratsbeschluss Änderungen vornehmen kann. Des Weiteren empfiehlt er der SPD- und CDU-Fraktion ihre Änderungsanträge zurückzuziehen. Im Namen seiner Fraktion unterstützt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning den vorliegenden Änderungsantrag DS0150/08/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt bezüglich der Ausführungen des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, dass die Verwaltung gerade dabei ist, über das PPP-Modell 20 Schulen zu sanieren. Er verweist in diesem Zusammenhang auf weitere Aktivitäten in dieser Frage und sieht keine Möglichkeit, weitere Schulen in die Prioritätenliste aufzunehmen.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, unterstreicht die Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper und hält den Änderungsantrag DS0150/08/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für risikoreich für die Stadt. Er legt weiterhin seine zum jetzigen Zeitpunkt ablehnende Haltung zum Änderungsantrag DS0150/08/1 der CDU-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt dar.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper hält fest, dass versucht wird, den Änderungsantrag DS0150/08/1 der CDU-Fraktion, über Haushaltsausgabereste noch im Jahr 2008 umzusetzen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal verweist in seinen Ausführungen auf die Möglichkeit, mit der Vorlage des Eckwertebeschlusses noch Einfluss auf den Haushalt durch entsprechende Antragstellungen zu nehmen. Er unterstreicht das Erfordernis, Aufwandsminimierung zu betreiben und auch umzusetzen. Stadtrat Westphal geht auf die Intention des Änderungsantrages DS0150/08/3 seiner Fraktion ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht auf die Ausführungen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal ein und weist darauf hin, dass es sich in der Prioritätenliste um laufende Maßnahmen handelt und keine großen Möglichkeiten gibt, neue Maßnahmen aufzunehmen.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0150/08/1 und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern legt seinen Standpunkt zum Eckwertebeschluss dar und merkt im Namen seiner Fraktion an, dass das sinkende Investitionsvolumen in der Stadt, insbesondere die Reduzierung im Budget 6 besorgniserregend ist.

In seinen weiteren Darlegungen nimmt der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern zum Änderungsantrag DS0105/08/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stellung. Er hält die Thematik grundsätzlich für unterstützenswert, sieht aber noch Redebedarf bei der Umsetzung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal hält den Änderungsantrag DS0150/08/1 der CDU-Fraktion für unschädlich. Er nimmt kritisch zum Punkt 3 des Beschlussvorschlages Stellung.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, verweist darauf, dass seine Fraktion sich darauf verständigt hat, die Prioritätenliste heute zur Kenntnis zu nehmen mit dem Wissen, dass eine Reihe von aufgeführten Positionen im Rahmen der Haushaltsberatung zu hinterfragen sind.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker geht klarstellend auf den kritischen Hinweis des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, ein und merkt an, dass sie für das Jahr 2009 für das Budget Mehrausgaben für die jungen Volljährigen und für Bestattungskosten beantragt hat. Sie weist darauf u.a. hin, dass sich das Budget aus verschiedenen Pflichtaufgaben und auch freiwilligen Aufgaben zusammensetzt, wobei möglichst sparsam mit den Mitteln umgegangen werden muss.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann sieht bei der Kenntnisnahme der Investitionsprioritätenliste immer noch die Möglichkeit der Einflussnahme durch den Stadtrat. Bezüglich des Änderungsantrages DS0150/08/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkt er an, dass er für das gesamte Areal rund um die Stadthalle Handlungsbedarf sieht.

Im Rahmen der weiteren umfassenden Diskussion geht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nochmals klarstellend auf die kritischen Anmerkungen des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, bezüglich der Budgetierung im Dezernat V und auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen zu den PPP-Maßnahmen ein. Er weist abschließend darauf hin, dass es sich in den Prioritätenlisten fast nur um fortlaufende Maßnahmen handelt .

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann macht ergänzend zu den Darlegungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper erläuternde Ausführungen bezüglich der Sinnhaftigkeit der Budgetierung im Bereich V.

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Danicke gibt eine modifizierte Fassung des Änderungsantrages DS0150/08/1 des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, bekannt.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, zieht seinen Antrag bezüglich der Streichung der Maßnahme im Budget V **zurück**.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß modifizierten Änderungsantrag DS0150/08/1 der CDU-Fraktion mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

In den Haushalt 2009 der Landeshauptstadt Magdeburg werden die für den barrierefreien Umbau des neuen Standortes (Leibnizstraße 23) der Volkshochschule benötigten Mittel (ca. 150 T€) eingestellt.
Sollten im Haushaltsjahr 2008 Haushaltsausgabereste 2008 anfallen, sind diese für die Volkshochschule zu verwenden.

Mit der Beschlussfassung zum modifizierten Änderungsantrag DS0150/08/1 der CDU-Fraktion hat sich eine Abstimmung zum Änderungsantrag DS0150/08/1/1 der SPD-Fraktion **erübrigt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 6 Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0150/08/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Bestandssichere Schulen und Kindertageseinrichtungen, die bisher nicht im Rahmen von PPP-Projekten, IZBB-Programmen oder anderen Förderprogrammen zur Sanierung vorgesehen sind, sind entsprechend der baulichen Notwendigkeiten in die Investitionsprioritätenliste aufzunehmen.

wird abgelehnt.

Gemäß Änderungsantrag DS0150/08/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschließt der Stadtrat mit 16 Ja-, 11 Neinstimmen und 19 Enthaltungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Mittel für die Sanierung der Stadthalle Magdeburg in die Investitionsprioritätenliste 2008-2012 (Anlage 8) aufzunehmen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 1974-66(IV)08

1. Der Stadtrat nimmt den Entwurf des Finanzplans gemäß Anlage 1 als Datengrundlage für die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat legt die Eckwerte der Budgets des Verwaltungshaushaltes gemäß Anlage 2 fest.
3. Der Stadtrat nimmt die Investitionsprioritätenliste, Stand 08.04.2008, gemäß Anlage 4 zur Kenntnis.
4. Der Stadtrat beschließt, dass die Kreditaufnahme für die Jahre 2009 bis 2012 wie folgt begrenzt wird:

0 EUR	für 2009
0 EUR	für 2010
0 EUR	für 2011
0 EUR	für 2012

5. In den Haushalt 2009 der Landeshauptstadt Magdeburg werden die für den barrierefreien Umbau des neuen Standortes (Leibnizstraße 23) der Volkshochschule benötigten Mittel (ca. 150 T€) eingestellt.
Sollten im Haushaltsjahr 2008 Haushaltsausgabereste 2008 anfallen, sind diese für die Volkshochschule zu verwenden
6. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Mittel für die Sanierung der Stadthalle Magdeburg in die Investitionsprioritätenliste 2008-2012 (Anlage 8) aufzunehmen.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1975-66(IV)08

Der Stadtrat beschließt einen Kommunalen Finanzierungsanteil an den Gesamtverwaltungskosten der ARGE in Höhe von maximal 12,6 % im Jahre 2008.

8.13.	2. Nord-Süd-Verbindung der Straßenbahn - Bauabschnitt 3 Streckenverlängerung Bördepark / Reform - BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr WV v. 08.05.08	DS0590/07
-------	---	-----------

Die Ausschüsse StBV, BSS und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Änderungsantrag DS0590/07/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag DS0590/07/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Im Sinne einer besseren Erschließung des Wohngebietes Reform und Verknüpfung der Buslinien untereinander ist die Führung der Buslinie 57 im weiteren Planungsverlauf noch mal zu überarbeiten.

Stadtrat Canehl, Mitglied im Ausschuss StBV, kann der Argumentation des Vorsitzenden des Ausschusses StBV Stadtrat Stern nicht folgen und verweist auf die Aussage der Verwaltung im Ausschuss, dass es hierzu keine Rechtsprechung gibt. Er spricht sich für die Annahme des Änderungsantrages DS0097/08/1 des Ausschusses UwE aus.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, argumentiert gegen die Annahme des Änderungsantrages DS0097/08/1 des Ausschusses UwE.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx geht klarstellend auf die Ausführungen des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion ein. Er verweist darauf, dass dieser B-Plan in einem Gebiet liegt, wo die Energieeinsparverordnung 07 gilt.

Im Rahmen der weiteren umfangreichen Diskussion halten Vertreter der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BfM den Änderungsantrag DS0097/08/1 des Ausschusses UwE für überflüssig und begründen ihren Standpunkt.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Marx dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben, welcher Verwaltungsmitarbeiter die vom Vorsitzenden des Ausschusses StBV Stadtrat Stern dargelegten Ausführungen getätigt hat.

Stadtrat Czogalla, Mitglied im Ausschuss StBV, unterstreicht die Ausführungen des Vorsitzenden des Ausschusses StBV Stadtrat Stern bezüglich der getroffenen Aussage seitens der Verwaltung, dass es keine rechtlichen Möglichkeiten gibt, den Inhalt des Änderungsantrages DS0097/08/1 des Ausschusses UwE umzusetzen.

Abschließend sprechen sich Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion future! – die jugendpartei und der Fraktion DIE LINKE für die Annahme des Änderungsantrages DS0097/08/1 des Ausschusses UwE aus.

Nach umfangreicher kontroverser Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 20 Ja-, 26 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0097/08/1 des Ausschusses UwE –

Im Beschlussvorschlag ist **Punkt 2 Satz 1** wie folgt zu ändern:

Planungsziel ist die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes für die Errichtung von Einfamilienhäusern unter *Beachtung einer energiesparenden und klimaschonenden Bauweise und Nutzung*. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 1977-66(IV)08

1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird,

- im Osten durch die Ostgrenze des Flurstückes 6011 (Flur 333),
- im Süden durch die Südgrenzen der Flurstücke 6010 und 6011 (Flur 333),
- im Westen durch die Westgrenze des Flurstückes 6010 (Flur 333),
- im Norden durch eine gedachte Linie, die in Verlängerung der Nordgrenze des Flurstückes 8068/7 (Flur 333) nach Westen geführt wird.

soll gemäß § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 BauGB ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der Bestandteil des Beschlusses ist, dargestellt.

2. Planungsziel ist die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebiets für die Errichtung von Einfamilienhäusern. unter Beachtung der Möglichkeiten für eine energiesparende und klimaschonende Bauweise.

Im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist das Plangebiet als Wohnbaufläche dargestellt.

3. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB hat nach ortsüblicher Bekanntmachung, gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB, durch 14-tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt Magdeburg, An der Steinkuhle 6, und durch eine öffentliche Versammlung zu erfolgen.

- 8.15. Widmung von Gemeindestraßen im B-Plan-Gebiet 428-1C DS0098/08
 "Salbker Chaussee/ Nordseite"
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1978-66(IV)08

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung der Gemeindestraßen Marsweg (Teilstück) und Kometenweg (Teilstück) im B-Plan-Gebiet 428-1 C "Salbker Chaussee/ Nordseite" zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

- 8.16. Behandlung der Stellungnahmen zur Aufhebung des DS0511/07
 Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 134-2
 "Gröperstraße"
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Bezüglich der Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage zum langen Beratungsdurchlauf sichert der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx eine schriftliche Antwort zu.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1979-66(IV)08

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 134-2 „Gröperstraße“ in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung des Stadtrates, über die in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen (Abwägungskatalog)

Zur Behandlung der Anregungen ergehen folgende Einzelbeschlüsse.

2.1. Untere Naturschutzbehörde, Stellungnahme vom 16.10.07

a) Stellungnahme:

Es wird angeregt, den Bebauungsplan nicht aufzuheben, sondern durch eine Änderung der Planungsziele die Planung den heutigen Anforderungen anzupassen.

Begründung:

In der Begründung zum Aufhebungsbeschluss wird erklärt, dass auch ohne Bebauungsplan eine geordnete städtebauliche Entwicklung durch die Regelungen des § 34 BauGB erreicht werden kann und die Erforderlichkeit der Planaufstellung im Sinne von § 1 (3) BauGB nicht mehr gegeben sei.

Dieser Einschätzung kann nicht gefolgt werden. Das Plangebiet präsentiert sich aktuell als Gemisch extrem unterschiedlicher Nutzungsarten und -intensität. Insbesondere die abseits der Durchgangsstraßen Lübecker Straße und Mittagstraße gelegenen Flächen machen einen ausgesprochen ungeordneten Eindruck. Hier finden sich Industrie- bzw. Gewerbebauten, Brachen, einzelne Wohngebäude und ein erheblicher Anteil erhaltenswerter Grünbestände, die es zu sichern gilt. Dies wurde bereits bei der Planerarbeitung in den 90er Jahren erkannt und entsprechend gewürdigt. Da der Bebauungsplan nicht zur Rechtskraft gelangte, waren seine Steuerungsmöglichkeiten jedoch erheblich eingeschränkt, insbesondere was die Abwehr unerwünschter Nutzungen betrifft. Eine geordnete Nutzung der brachliegenden Flächen und die Sicherung des Grünbestandes ist nach wie vor geboten. Die Aussage in der Begründung zur Aufhebung des Plans: „... die geplante Umnutzung größerer Bereiche ... und die geplante öffentliche Grünfläche ... sind weder real umsetzbar noch städtebaulich sinnvoll“ ist nicht nachvollziehbar.

Die Anregung der Unteren Naturschutzbehörde lautet, dass der Bebauungsplan an die veränderten Verhältnisse angepasst werden soll, und nicht, die alten Inhalte durchzusetzen. Dies entspricht auch der Intention der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP). Dort heißt es zu den angesprochenen Themen:

„Das Entwicklungsziel für die Neustadt wird dahingehend zusammengefasst, dass die hier vorhandenen Wohngebiete und dazugehörigen Nahversorgungszentren erhalten und gestärkt werden sollen. Weiterhin sind hier auch Um- und Rückbaumaßnahmen vorgesehen, um differenzierte individuelle Wohnformen anbieten zu können und einseitige Bevölkerungsstrukturen zu vermeiden. Vorhandene Gewerbegebiete entlang der Bahnstrecke und des Handelshafens werden nur teilweise genutzt. Bahnbegleitend ist daher ein Grünstreifen mit Anschluss an die Schrote zu entwickeln.“

Für das Plangebiet enthält die Änderung auch einen konkreten Auftrag, der ohne Bebauungsplan nicht zu verwirklichen ist, nämlich die Umwandlung brachgefallener Bahnanlagen in eine Grünfläche.

Der Bebauungsplan könnte also der Freihaltung wichtiger Grünräume von Bebauung dienen. Dies entspräche sowohl den Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege als auch den Aussagen des gesamtstädtischen FNP. Der Erläuterungsbericht zum FNP konstatiert einen Bedarf an der Existenz und Entwicklung innerstädtischer Grünflächen und weist die konkrete Umsetzung dieser Aufgabe der verbindlichen Bauleitplanung zu: „... *die Sicherung und Entwicklung kleiner Flächen und der Abbau von Barrieren ... muss Gegenstand der verbindlichen Bauleitplanung und von Fachplanungen sein.*“ (Erläuterungsbericht Seite 118). Ohne Bebauungsplan können diese und die anderen Grünflächen und –bestände nicht gesichert werden, insbesondere nicht für die Öffentlichkeit, und Barrieren hinsichtlich des Zugangs zu den Grünflächen nicht wie im FNP gefordert abgebaut werden.

In der Planungs- und noch stärker in der Baugenehmigungspraxis für den innerstädtischen Bereich werden die Aussagen des FNP zur Erhaltung kleiner Grünflächen regelmäßig ignoriert. Dieses einseitige Vorgehen im Umgang mit Grünflächen ist mittlerweile im gesamtstädtischen Maßstab von Bedeutung, denn auf diese Weise sind bis auf die im Plangebiet enthaltene Fläche an der Südostecke Lübecker / Mittagstraße alle innerstädtischen Grünflächen beseitigt oder stark verkleinert worden. Verschwunden sind in unmittelbarer Nähe die Grünflächen Nordostecke Lübecker / Mittagstraße, die Fläche Lübecker Straße 8 und die Grünbestände zwischen Mittagstraße und Ankerstraße.

Die Bedeutung innerstädtischer Grünflächen wird auch im Klimagutachten für die Stadt Magdeburg aus dem Jahr 1995 und der Klimaanalyse aus dem Jahr 2000 betont. Es wird empfohlen, zusätzliche wohnungsnah lokalwirksame Grünflächen zu schaffen, den Straßenraum mit Bäumen zu bepflanzen und Fassadenbegrünungen vorzunehmen. Bereits im Klimagutachten 1995 wird das Plangebiet als Überwärmungsbereich dargestellt und sind darin einzelne Wärmeinseln ausgewiesen. Die Situation hat sich seit 1995 und 2000 jedoch entgegen der Handlungsempfehlung der Klimaanalyse 2000 weiter verschlechtert, da wie erwähnt zahlreiche ausgleichend wirkende Grünflächen in der Umgebung mittlerweile durch Bebauung beseitigt wurden. Folgerichtig soll gemäß der 10. Änderung des FNP ein Grünzug geschaffen werden, der auch das Plangebiet durchzieht. Das notwendige Instrument der Durchsetzung dieses Ziels wird jedoch mit der Aufhebung des Bebauungsplans aus der Hand gegeben.

Die Erhaltung und Entwicklung auch kleiner innerstädtischer Grünflächen entspricht den Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. In § 2 Nr. 4 NatSchG-LSA heißt es: „*Die Landschaft ist in ihrer Vielfalt, Eigenart und Schönheit auch wegen ihrer Bedeutung als Erlebnis- und Erholungsraum des Menschen zu sichern. Ihre charakteristischen Strukturen und Elemente sind zu erhalten oder zu entwickeln.*“ Gemäß § 2 Nr. 6 NatSchG-LSA gelten im übrigen die Grundsätze des Bundesnaturschutzgesetzes. Laut § 2 (1) Nr. 11 BNatSchG sind „*unbebaute Bereiche wegen ihrer Bedeutung für den Naturhaushalt und für die Erholung insgesamt und auch im einzelnen ... zu erhalten.*“

Die Sicherung der wenigen noch vorhandenen Freiräume im Plangebiet und die notwendige Schaffung bzw. Erhaltung von Grünflächen und -beständen zur Absicherung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse und zur Schaffung eines attraktiven Orts- bzw. Landschaftsbildes ist dringend geboten. Angesichts der Missstände, die im Erläuterungsbericht zur 10. FNP-Änderung festgestellt werden, ist von der verbindlichen Bauleitplanung zu erwarten, dass sie sich nicht resignierend zurückzieht, sondern sich an die Beseitigung dieser Missstände macht. Vorliegend kann dies nur über die Änderung des Bebauungsplanes und nicht über seine Aufhebung erfolgen.

b) Abwägung:

Eine Weiterführung des B-Planes für den gesamten derzeitigen Geltungsbereich mit den geänderten Planungszielen gem. 10. Änderung des Flächennutzungsplanes erscheint nach Prüfung der derzeitigen Nutzung, Abgrenzung des Plangebietes, Eigentumsverhältnissen und Belangen der Deutschen Bahn nicht sinnvoll.

Richtig ist, dass die geänderten Planungsziele gem. F-Plan für Teile des B-Plan-Gebietes (Grünzug entlang der Bahn, gemischte Nutzung im Bereich der ehemaligen Diamantbrauerei) nur über die Aufstellung verbindlicher Bauleitpläne umzusetzen sind. Die Begründung zur Beschlussfassung der Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses wurde diesbezüglich geändert. Die Planaufstellung muss jedoch nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt erfolgen und vor allem nicht für den gesamten derzeitigen Geltungsbereich. So ist für den überwiegenden Planteil (Bereich zwischen Mittagstraße, Nachtweide und Lübecker Straße) nur noch im Bereich der ehemaligen Diamantbrauerei eine Umnutzung und ggf. Neubebauung möglich, welche über den Zulässigkeitsmaßstab des § 34 BauGB (Bauen im unbeplanten Innenbereich) hinaus und zur notwendigen Sicherung der städtebaulichen Ordnung einen Planungsbedarf auslösen kann. Für den östlich der Nachtweide gelegenen Plangebietsteil muss eine Neuaufstellung erfolgen, wenn die derzeit noch bahngewidmeten Flächen neuen Nutzungen zugeführt werden sollen. Für diesen Bereich wird dann die Umsetzung der Ziele der derzeit noch im Verfahren befindlichen 10. Änderung des Flächennutzungsplanes nur über eine neue Bebauungsplanaufstellung möglich sein. Eine entsprechende Entwicklung ist derzeit jedoch nicht absehbar, so dass hierfür derzeit auch kein Planungserfordernis besteht. Der Flächennutzungsplan soll die langfristige städtebauliche Entwicklung vorbereiten und leiten.

Die Realisierung des sog. Gleisparkes (Formulierung im Rahmen des laufenden Verfahrens der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes) kann auch im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens der Deutschen Bahn erfolgen, wenn die seitens der Bahn beabsichtigten Neubauvorhaben (Erweiterung der Gleise, damit Eingriffe in Natur und Landschaft durch Verbreiterung des Bahndammes in diesem Abschnitt) Ausgleichsmaßnahmen im Sinne des § 21 Bundesnaturschutzgesetz begründen. Die Landeshauptstadt Magdeburg ist unter Beachtung der angespannten Haushaltslage gehalten, die kostengünstigste Lösung zu suchen.

Die Tatsache, dass vor allem der östliche Plangebietsteil, aber auch Teile im westlichen Bereich einen ungeordneten Eindruck machen, ist bekannt, kann aber auch über die Planaufstellung kaum behoben werden. Der B-Plan-Entwurf „Gröperstraße“ von 1998 hatte Planreife zur Genehmigung von Vorhaben entsprechend der planerischen Vorstellungen. Es wurde jedoch nicht ein einziges Vorhaben gem. § 33 BauGB, d.h. während der Planaufstellung gemäß den Festsetzungen des zukünftigen Bebauungsplanes, genehmigt, obwohl die Inhalte mit den wesentlichen Grundstückseigentümern abgestimmt waren. Die Erfahrung hat leider gezeigt, dass sog. „Angebotsbebauungspläne“ regelmäßig nicht umgesetzt werden, sondern bei Vorliegen aktueller Bauvorhaben geändert und Investorenvorstellungen angepasst werden.

Ein Bebauungsplan kann auch bei vorliegender Rechtskraft nur die Zulässigkeit von Vorhaben regeln, nicht aber vorhandener Brachen oder ungeordnete bauliche Nutzungen beseitigen. So bleibt der Bestandsschutz vorhandener Bebauung und Nutzung bestehen und es obliegt den Grundstückseigentümern und Investoren, vorhandenes Baurecht auszuschöpfen.

Städtebauliche Missstände, welche einen Planungsbedarf im Sinne des § 1 Abs. 3 BauGB auslösen und damit die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses behindern würden, sind nicht vorhanden.

Die seitens der Naturschutzbehörde gewünschte Sicherung der kleinen Grünfläche im Eckbereich Mittagstraße/Lübecker Straße ergibt allein keine ausreichende städtebauliche Begründung für eine B-Plan-Aufstellung. Im Entwurf des B-Planes 134-2 „Gröperstraße“ von 1998 ist hier eine öffentliche Grünfläche festgesetzt. Seitens des Stadtrates wurde an die Verwaltung die aus Gründen der angespannten Haushaltslage der Landeshauptstadt berechnete Vorgabe herangetragen, möglichst keine neuen öffentlichen Grünflächen in B-Plänen festzusetzen. Diesem Handlungsauftrag wird mit der Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses Folge geleistet.

Beschluss 2.1: Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

2.2. Untere Naturschutzbehörde, Stellungnahme vom 14.11.07

a) Stellungnahme

Es sollen Möglichkeiten zur Sicherung der Grünfläche Mittagstraße / Lübecker Straße geprüft werden. Der Bebauungsplan Nr. 134-4 „Mittagstraße-Süd“ soll als qualifizierter Bebauungsplan fortgeführt werden. Er ist um das Planungsziel „Erhaltung der Grünfläche Mittagstraße / Lübecker Straße“ zu ergänzen.

Begründung:

Nach wie vor gibt es städtebaulichen Regelungsbedarf im Plangebiet, dem mit der Aufstellung des einfachen Bebauungsplans Nr. 134-4 „Mittagstraße Südseite“ jedoch nicht hinreichend Rechnung getragen wird. In diesem Plangebiet liegt die Grünfläche Mittagstraße / Lübecker Straße, deren Erhaltung nach wie vor Forderung der unteren Naturschutzbehörde ist. Der Planentwurf des aufzuhebenden B-Plans Nr. 134-2 setzt sie als öffentliche Grünfläche fest und entspricht damit dem über den Beschluss des Flächennutzungsplanes erteilten Auftrag des Stadtrates zur Erhaltung und Entwicklung kleiner Grünflächen in der verbindlichen Bauleitplanung (Erläuterungsbericht zum FNP, S. 118, in der TÖB-Stellungnahme bereits zitiert).

Der Bebauungsplan Nr. 134-4 „Mittagstraße-Süd“ soll ausschließlich Festsetzungen nach § 9 Abs. 2a BauGB zur Erhaltung und Entwicklung des Stadtteilzentrums Lübecker Straße enthalten. Er kommt deswegen dem Entwicklungsgebot aus dem Flächennutzungsplan nicht nach, da er den Umgang mit der Grünfläche nicht im Sinne einer Erhaltung regelt, sondern die Festsetzungen darin ihre Bebauung ermöglichen.

Die Erhaltung der in Rede stehenden Grünfläche und ihre Ausweisung als öffentliche Grünfläche war bisher im Planverfahren für den B-Plan Nr. 134-2 „Gröperstraße“ nicht strittig. Laut Aussage in der Abwägung war das Planverfahren bereits bis zu einem Verfahrensstand gelangt, der Baugenehmigungen gemäß § 33 BauGB ermöglichte. Dies setzt eine Billigung des Entwurfs - einschließlich öffentlicher Grünanlage - durch den Stadtrat voraus. Von der Festsetzung einer „neuen“ öffentlichen Grünanlage kann daher strenggenommen nicht gesprochen werden. Die Festsetzung wurde seinerzeit als geeignet angesehen, die bereits vorhandene Grünfläche zu erhalten und einer besseren Nutzung für die Allgemeinheit zuzuführen. Der Bedarf an Grünflächen ist nicht zuletzt durch die bisherige Planungspraxis in der Zwischenzeit gestiegen, während Bauflächen bereits im Übermaß vorhanden sind (s. auch 10. Änderung FNP).

Selbst wenn man der Argumentation in der Abwägung zustimmen sollte, dass die Sicherung der Grünfläche allein als Begründung für die Aufstellung eines Bebauungsplanes nicht ausreichte, stellt sich diese Frage so nicht. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 134-4 „Mittagstraße-Süd“ zeigt, dass es neben der Erhaltung der Grünfläche weitere städtebauliche Gründe für die Aufstellung eines Bebauungsplanes gibt, der die Grünfläche enthält. Es wird daher vorgeschlagen, diesen Plan als qualifizierten Bebauungsplan weiterzuführen und um das Planungsziel „Erhalt der Grünfläche Mittagstraße / Lübecker Straße“ zu ergänzen.

b) Abwägung

Die Grünfläche im Eckbereich Mittagstraße/Lübecker Straße ist Teil eines privaten Grundstückes. Es handelt sich um eine Grünfläche mit verschiedenem Gehölzbestand auf ca. 1300 m² Fläche. Es handelt sich um eine Splitterfläche ohne Zusammenhang zu weiteren privaten oder öffentlichen Grünflächen.

Die Grünfläche ist somit vor allem stadtgestalterisch von Bedeutung.

Die Festsetzung einer öffentlichen Grünfläche, wie im Entwurf des B-Planes 134-2 von 1998 enthalten, ist nicht mehr Ziel der Landeshauptstadt Magdeburg. Der Entwurf von 1998 enthielt eine Planung größerer Mischgebiete, ein System öffentlicher Straßen und Wege sowie zwei weitere öffentliche Grünflächen einschließlich eines Kinderspielplatzes. Städtebauliche Begründung für diese im Zusammenhang zu betrachtenden Festsetzungen war die Schaffung von Aufenthaltsräumen und Freiräumen für die Bewohner und Beschäftigten im ansonsten zukünftig dicht bebauten Quartier.

Die reale Entwicklung hat jedoch im südlichen Bereich zu umfangreicher Neubebauung und im Norden zu Umnutzungen im ausschließlich gewerblichen Bereich geführt. Damit besteht kein Bedarf öffentlicher Erschließungsanlagen mehr. Der Bedarf öffentlicher Grünflächen ist deutlich reduziert und kann unter Haushaltsaspekten hier nicht aufrecht erhalten werden. Sinnvoller erscheint hier die Umsetzung zukünftiger Grünflächen gemäß im Verfahren befindlicher Änderung des Flächennutzungsplanes (z.B. „Gleispark“), welche näher an den Wohnorten der Neustädter Bürger liegen werden und eine städtebauliche Mehrfachfunktion aufweisen werden (stadtklimatisch, gestalterisch, Vernetzung, Wegeverbindungen).

Das naturschutzfachliche Ziel des Erhalts einer privaten Grünfläche auf 1300 m² Fläche kann allein nicht ausreichen als Planungsziel für die weitere Aufstellung eines derzeit ca. 28 Hektar großen Plangebietes.

Die Anregungen zur Umwidmung des derzeit in einem gesonderten Verfahren in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes 134-4 „Mittagstraße Südseite“ vom einfachen zum qualifizierten B-Plan muss in diesem Planverfahren in die Abwägung eingestellt werden und betrifft nicht die hier geplante Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses 134-2 „Gröperstraße“.

Beschluss 2.2: Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Behörde, die Anregungen vorgebracht hat, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

8.17. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan Nr. 134-2 DS0502/07
 "Gröperstraße"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0502/07/2.

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0502/07/1.

Bezüglich der Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage zur verspäteten Vorlage der Drucksache DS0502/07 merkt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx an, dass hier ein Zwischenbaurecht eingeräumt wurde.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stern begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0502/07/2 und bittet um Zustimmung.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0502/07/2 des Ausschusses StBV einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, für Teilflächen des Gebietes zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung B-Plan-Aufstellungsbeschlüsse vorzubereiten.

Gemäß Änderungsantrag DS0502/07/1 des Ausschusses UwE **beschließt** der Stadtrat mit 28 Ja-, 17 Neinstimmen und 7 Enthaltungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die private Grünfläche an der Südostecke der Kreuzung Lübecker Straße / Mittagstraße im B-Plan 134-4 „Mittagstraße Südseite“ dauerhaft zu schützen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge DS0502/07/1 und DS0502/07/2 mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1980-66(IV)08

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hatte am 10.02.94 mit Beschluss-Nr. 053-54(I)94 für das Gebiet, das umgrenzt wird:
 - im Norden durch die Südgrenze der Mittagstraße,
 - im Osten durch die Ostgrenze der Nachtweide bis zur ehemaligen Comeniusschule, dann durch die Südgrenze des Schulgrundstückes und die Anschlussbahngleise,
 - im Süden durch die Nordgrenze der Trasse der Deutschen Bahn AG,
 - im Westen durch die Ostgrenze der Lübecker Straße, im Bereich des Neustädter Friedhofes von der Westgrenze der Lübecker Straße,

beschlossen, einen Bebauungsplan aufzustellen.

Dieser Beschluss wird gemäß § 1 Abs. 8 BauGB aufgehoben. Die Aufhebung erfolgt gemäß § 1 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren, da keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung von Schutzgütern im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB bestehen.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Der Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für Teilflächen des Gebietes zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung B-Plan-Aufstellungsbeschlüsse vorzubereiten.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die private Grünfläche an der Südostecke der Kreuzung Lübecker Straße / Mittagstraße im B-Plan 134-4 „Mittagstraße Südseite“ dauerhaft zu schützen.

8.18. Bestätigung des Beschlusses Nr. 1146-37(IV)06 -
Förderbedingung der Maßnahme "Blauer Bock"

DS0186/08

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0186/08/1 der SPD-Fraktion
- Änderungsanträge DS0186/08/2 und DS0186/07/2/1 der CDU-Fraktion

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bringt die Drucksache DS0186/08 umfassend ein. Er geht in seinen Ausführungen erläuternd auf die Faktenlage ein und verweist auf die Beschlusslage des Stadtrates, dass der Abriss des Blauen Bockes nur dann genehmigt wird, wenn ein Neubau geplant ist. Er empfiehlt, die Fördermittelbindung an die Neubaupflicht zu erhalten, wünscht sich aber zum weiteren Vorgehen eine öffentliche Debatte.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann bittet darum, bei der weiteren Entscheidung zu beachten, dass es Signale von Investoren gibt, dieses Gebäude zu sanieren und einer weiteren Nutzung zuzuführen.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr plädiert dafür, den Blauen Bock nicht abzureißen sondern für die Wohnraumnutzung umzubauen.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0186/08/1 und bittet um Einzelabstimmung zu den Punkten 1 und 2.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, argumentiert für den Abriss des Blauen Bockes und sieht dabei die Möglichkeit einer positiven Entwicklung dieses Areals. Er bittet um Zustimmung zu den vorliegenden Änderungsanträgen DS0186/08/2 und DS0186/07/2/1 seiner Fraktion.

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, spricht sich gegen eine Einflussnahme auf zukünftige Bebauung und gegen den Abriss des Blauen Bocks aus und empfiehlt, die Drucksache DS0186/08 in dieser Form zu beschließen.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, argumentiert ebenfalls für die Annahme der DS0186/08 in vorliegender Form.

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion DIE LINKE, geht auf die Faktenlage zum Blauen Bock ein und hält den Änderungsantrag DS0186/08/1 der SPD-Fraktion aus rechtlichen Gründen für nicht umsetzbar. Er legt weiterhin kritisch seinen Standpunkt zur Fördermittelgabe an die Pirelli-Gruppe dar.

Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion DIE LINKE, erinnert an die Folgen des Abrisses des Mariettablockes und plädiert dafür, der Drucksache DS0186/08 in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht auf die Genese des Blauen Bockes ein. Er hält in seinen weiteren Ausführungen eine Beschlussfassung zum Punkt 1 des Änderungsantrages DS0186/08/1 der SPD-Fraktion für fatal und begründet seinen Standpunkt.

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, wirbt in ihren Ausführungen ohne wenn und aber für den Abriss des Blauen Bocks, die durch Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, unterstützt werden.

Nach weiterer Diskussion, in der Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, gegen den Abriss des Gebäudes argumentiert und Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sich für die Annahme der Drucksache DS0186/08 ausspricht, bringt Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, den GO-Antrag –

Abbruch der Debatte – ein.

Vertreter der Fraktionen DIE LINKE, future! – die jugendpartei und SPD sprechen sich gegen den GO-Antrag aus.

Der GO-Antrag des Stadtrates Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen **abgelehnt**.

Im Rahmen der weiteren umfassenden Diskussion bringt Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, einen Änderungsantrag ein.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, bringt den GO-Antrag – **Ende der Rednerliste** – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Balzer, SPD-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Ende der Rednerliste.

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion, future! – die jugendpartei, beantragt die namentliche Abstimmung zur Drucksache DS0186/08.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal legt seine ablehnende Haltung zur Drucksache DS0186/08 dar und sieht für die Weiterentwicklung des Areals nur die Möglichkeit des Abrisses des Blauen Bocks.

Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, argumentiert nochmals vehement für den Abriss des Blauen Bocks.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, hält den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE für unterstützenswert.

Abschließend geht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen ein. Er stellt dabei fest, dass der Inhalt des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE bereits abgearbeitet ist und er nur ohne Vorbedingungen das Gebäude abreißen lassen möchte.

Nach umfangreicher kontroverser Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE –

Der Oberbürgermeister wird mit der Aufnahme von Verhandlungen mit den Eigentümern des Blauen Bocks beauftragt. Ziel ist es, dem Stadtrat den Entwurf eines städtebaulichen Vertrages über die Verfahrensweise/Entwicklung des Blauen Bocks vorzulegen, dessen Abschluss die Voraussetzung für den fördermittelfinanzierten Abriss des Gebäudes ist. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS0186/08/2/1 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Beschlusstext des Änderungsantrages DS0186/08/2 wird um folgenden Punkt ergänzt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Ausreichung der Fördermittel für den Abriss des Blauen Bocks mit dem Eigentümer über die qualifizierte Gestaltung der dann entstandenen Freifläche zu verhandeln. Ziel ist die Gestaltung der geräumten Fläche, die der Lage und der Umgebung angemessen ist und gegebenenfalls Zwischennutzungen zu verschiedenen Zwecken zulässt.

Gemäß ergänzten Änderungsantrag DS0186/08/2 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mit 29 Ja- und 23 Gegenstimmen:

Der vorliegende Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat hebt den Beschluss Nr. 1146-37(IV)06 vom 07.09.2006, dass die Ausreichung der Abrissförderung für die Maßnahme „Blauer Bock“ im Rahmen des Städtebauförderprogrammes Stadtumbau Ost (Antragstellung Programmjahr 2007, DS0213/06) unter der Bedingung steht, dass eine Baugenehmigung für eine Neubebauung vorhanden sein muss, auf.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Ausreichung der Fördermittel für den Abriss des Blauen Bocks mit dem Eigentümer über die qualifizierte Gestaltung der dann entstandenen Freifläche zu verhandeln. Ziel ist die Gestaltung der geräumten Fläche, die der Lage und der Umgebung angemessen ist und gegebenenfalls Zwischennutzungen zu verschiedenen Zwecken zulässt.

Der Punkt 1 des Änderungsantrages DS0186/08/1 der SPD-Fraktion –

Es soll geprüft werden, ob die rechtlich abgesicherte Möglichkeit besteht,

1. eine Rückzahlungsverpflichtung für den Fall, dass die nach dem Abriss frei gelegte Fläche innerhalb der nächsten zehn Jahre verkauft wird, zu verlangen.

wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen **abgelehnt**.

Der Punkt 2 des Änderungsantrages DS0186/08/1 der SPD-Fraktion -

1. Zudem soll geprüft werden,
 - a) ob eine Rückzahlungsverpflichtung für den Fall, dass die Fläche nicht innerhalb der nächsten zehn Jahre vom Investor bebaut werden wird, vereinbart oder beauftragt werden kann.
 - b) ob die entstehende Grünfläche nach Hinweisen und Auflagen des Stadtgartenbetriebes vom Investor so gestaltet werden soll, dass sie sich verträglich in die städtebauliche Situation einfügt. -

wird vom Stadtrat ebenfalls mehrheitlich, bei einigen Jastimmen **abgelehnt**.

Es erfolgt die namentliche Abstimmung zur Drucksache DS0186/08, die dem Protokoll als **Anlage 5** beigefügt ist.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des ergänzten Änderungsantrages DS0186/07/2 der CDU-Fraktion mit 31 Ja,- 21 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1981-66(IV)08

1. Der Stadtrat hebt den Beschluss Nr. 1146-37(IV)06 vom 07.09.2006, dass die Ausreichung der Abrissförderung für die Maßnahme „Blauer Bock“ im Rahmen des Städtebauförderprogrammes Stadtumbau Ost (Antragstellung Programmjahr 2007, DS0213/06) unter der Bedingung steht, dass eine Baugenehmigung für eine Neubebauung vorhanden sein muss, auf.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Ausreichung der Fördermittel für den Abriss des Blauen Bocks mit dem Eigentümer über die qualifizierte Gestaltung der dann entstandenen Freifläche zu verhandeln. Ziel ist die Gestaltung der geräumten Fläche, die der Lage und der Umgebung angemessen ist und gegebenenfalls Zwischennutzungen zu verschiedenen Zwecken zulässt.

8.19.	Platzbenennung Stadtfeld Ost	DS0151/08
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1982-66(IV)08

Der Stadtrat beschließt die Benennung der platzmäßigen Erweiterung im Bereich des Schnittpunktes der Olvenstedter Straße/Ebendorfer Straße/Herderstraße und Gerhart-Hauptmann-Straße als

„Wilhelmstädter Platz“

9. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

9.1 Gertraud Seidel, Calvörder Straße 5, 39110 Magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Dr. Trümper, sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin Gertraud Seidel und wohne in der Beimssiedlung und ich möchte Sie herzlich bitten, sich gegen die zur Zeit laufenden Fällungen gesunder Bäume in dieser Siedlung einzusetzen und auch vielleicht mal zu fragen, was können wir dagegen tun. Dabei spreche ich für zahlreiche Mitbewohner, einige von ihnen haben auf der Tribüne Platz genommen. Frau Iser, die mit mir gekommen ist, ist die Initiatorin dieses Protestes. Der Architekt der Beimssiedlung, Bruno Taut, ließ auf den Höfen, die so lang, wie die jeweiligen Straßen sind, zwölf kleine Hausgärten und zwei große Wäscheplätze einrichten. Die Höfe selbst wurden an beiden Enden mit Mauern begrenzt und mit jeweils acht Lindenbäumen bepflanzt. Inzwischen sind sie achtzig Jahre alt und ungefähr zehn bis zwölf Meter hoch. Für die damalige Zeit war das ein völlig neues sozial gestaltetes Wohngebiet. Und auch wegen des vielen umgebenen Grüns waren die Wohnungen sehr begehrt. Die Kinder konnten auf den Höfen spielen und für die Mieter waren es Oasen der Ruhe auch gegenüber der vorbeifahrenden Eisenbahnen, die Strecke Magdeburg – Helmstedt. Die Beimssiedlung hat ein eigenes Mikroklima. Verließ man die Große Diesdorfer Straße und gelangt in die Nebenstraßen, so spürte man im Sommer die gute und kühlere Luft. Inzwischen steht die Beimssiedlung unter Denkmalschutz und die WOBAU hat bauliche Änderungen an der Außenstruktur immer mit der Unteren Denkmalschutzbehörde abzusprechen. 1994 hat die WOBAU in der Broschüre des Stadtplanungsamtes zur Beimssiedlung zugesichert und jetzt zitiere ich: „WOBAU wird das Erscheinungsbild der unter Denkmalschutz stehenden Siedlung erhalten und verbessern. Diese Aufgabe bezieht sich auch auf die Gestaltung der Grünflächen, Straßen und Höfe.“ Zitatende. Soweit so gut. Nun fand aber am 10. April dieses Jahres eine Begehung der Siedlung durch einen Mitarbeiter der WOBAU und einer Vertreterin des Umweltamtes statt. Mieter aus zwei verschiedenen Straßen beobachteten, zeigte der WOBAU-Mitarbeiter aus großer Entfernung, das können 20 bis 50 Meter sogar gewesen sein, auf einzelne Bäume und die Umweltmitarbeiterin machte sich Notizen. Ende April begann dann die Abholzung dieser Bäume. Inzwischen wissen wir, dass es sich um 59 Bäume handelt und auch noch mehr zur Fällung vorgesehen sind. Die Denkmalschutzbehörde wurde von dieser Aktion nicht in Kenntnis gesetzt. Nun wird man vermuten, es handele sich um kranke Bäume und so äußerte sich auch eine Vertreterin der WOBAU gegenüber Herrn Stadtrat Heendorf. Aber weit gefehlt. Da es vom Umweltamt kein Gutachten zum Gesundheitszustand der Bäume gibt, wurden ca. 80 Prozent völlig gesunde Bäume gefällt. Sie wiesen weder Todholzbesatz, kahle Kronen, Schäden durch Pilzbefall an der Rinde, Faulstellenabbrüche auf. Die Schnittflächen waren ganz glatt, hatten dichte Jahresringe, zeigten keine Risse oder Hohlräume. Dagegen waren bei 20 Prozent der gefällten Linden die Stämme hohl und krank. Gegen ihre Fällung hat niemand etwas einzuwenden. Die WOBAU behauptet weiterhin, es handelt sich auch um Bäume, die aufgrund ihres Standortes die öffentliche Sicherheit gefährden oder Schäden an Autos durch herabfallende Äste hervorriefen. Eine Reihe gefällter Bäume stand nun aber an Stellen, die ca. zehn Meter von der Pappelallee entfernt sind, die als Grünzug die Beimssiedlung durchzieht. Außer Fußgängern gibt es dort keinen weiteren Verkehr. Und wer sich bei Sturm trotz Warnung unter Bäumen

aufhält, hat eigentlich selbst schuld. Und Bäume an Verkehrsstraßen sind bei Sturm nicht gefährlicher, als sich lösende Verkehrsschilder oder selbstständig machende Container, Dachziegel oder selbst Mauer und sogar Autos, die durch Windböen zur Seite gedrückt werden können. Sollten sie alle etwa voraussichtlich beseitigt werden? Wir Mieter fragen uns natürlich auch, wer trägt die Kosten für das Fällen der gesunden Bäume? Es wäre wohl ein Unding, wenn wir das nicht nur mit einer Minderung unseres Wohnumfeldes, sondern sogar noch mit Geld zu bezahlen hätten. Übrigens fand gestern eine Beratung der Arbeitsgemeinschaft „Gemeinwesen Beimssiedlung“ mit der WOBAU unter anderem zu dieser Baumfällung statt. Während sonst diese Zusammenkünfte in der Zeitung angekündigt werden, gab es dieses Mal vorher keine Informationen für Interessierte. Vielleicht habe ich jetzt etwas zu lang ausgeholt, aber uns Mietern machen die Baumfällungen zu schaffen. Deshalb bitte ich Sie, sich dafür zu engagieren, dass die Fällungen bis zur Erstellung von Gutachten zur Baumvitalität gestoppt werden. Außerdem bitte ich Sie, sich für einen durchschaubaren Nachbepflanzungsplan einzusetzen, der die Bäume wieder dort vorsieht, wo sie gefällt wurden und nicht irgendwo in der Stadt. Denn ein WOBAU-Mitarbeiter hat geäußert, eine Ersatzbepflanzung von 15 Bäumen sei ja bereits an einem Bolzplatz in einem anderen Stadtteil durchgeführt worden. Ich frage mich, was hat das mit der Beimssiedlung zu tun? Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung,
Herr Platz

Der Beigeordnete Herr Platz macht in seinen Ausführungen deutlich, dass die Fällung gesunder Bäume vom Umweltamt weder genehmigt, noch geduldet werden würde. Er weist allerdings darauf hin, dass es nicht für jeden erkennbar sei, ob ein Baum krank ist oder nicht.

Eine frühzeitige Einbeziehung der in den Wohngebieten lebenden Bürger sei bei geplanten Fällungen dieser Größenordnung aber unabdingbar.

Dies sei Pflicht der Vermieter, im vorliegenden Fall der Wobau GmbH.

Herr Platz bedauert, zu der am gestrigen Tag stattgefundenen Beratung nicht eingeladen worden zu sein.

Er bietet an, kurzfristig ein gesondertes Gespräch mit den Bürgern, interessierten Stadträten und der Wobau vor Ort zu führen.

In ergänzenden Ausführungen legen Vertreter der CDU – Fraktion, der SPD – Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und future! – die jugendpartei ihre Meinung zur Problematik dar.

Abschließend sichert der Vorsitzende der Bürgerin eine schriftliche Antwort der Verwaltung zu und weist die Mitglieder des Stadtrates darauf hin, zukünftig ihre politischen Meinungsäußerungen nicht im Rahmen der Einwohnerfragestunde – die den Einwohnern vorbehalten sei -vorzutragen, sondern die Erörterung der entsprechenden Themata zu Drucksachen und Anträgen vorzunehmen.

2. Erzpriester der russisch-orthodoxen Gemeinde Magdeburg, Boris Ustimenko, Lienhardstr. 6, 39108 Magdeburg

Sehr geehrter Herr Stadtratsvorsitzender Ansorge, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Trümper, meine sehr geehrter Damen und Herren Stadträte.

Mein Name ist Boris Ustimenko. Ich wohne in Magdeburg in der Lienhardstraße 6 und bin als Erzpriester für die russisch-orthodoxe Gemeinde von Magdeburg verantwortlich. Ich bedanke mich für die Möglichkeit hier vor Ihnen sprechen zu dürfen. Meine Gemeinde und ich, wir sind erschreckt über die angedrohten Konsequenzen und fürchten um unseren Kirchenneubau. Ich versichere Ihnen, dass wir alles tun, was uns möglich ist, um so schnell wie möglich unser Gotteshaus zu erbauen und der Nutzung zuzuführen. Gleichzeitig müssen wir eingestehen, dass es in der Vergangenheit zu einer Reihe von groben Fehlern und Fehleinschätzungen unsererseits gekommen ist.

Im Namen der russisch-orthodoxen Diözese möchte ich um Entschuldigung bitten und betone hier noch einmal die Ernsthaftigkeit unseres Vorhabens. Es ist für uns als Ausländer außerordentlich schwierig und kompliziert, nach den Regeln des deutschen Baurechtes zu handeln. Was in Deutschland selbstverständlich ist, erscheint in meiner russischen Heimat oft unnötig und somit ist eine große Summe von Kosten durch die russischen Geldgeber nicht geplant und somit auch nur mit großer Mühe und erheblichen Zeitverzug zu beschaffen. Ich möchte mich hiermit bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister, ganz herzlich dafür bedanken, dass Sie mir die Möglichkeit eingeräumt haben, am 23. Juni die neuen Pläne für Bauablauf und Finanzierung vorzustellen. Gleichzeitig möchte ich den Stadtrat bitten, das Projekt russisch-orthodoxe Kirche für Magdeburg nach besten Kräften zu unterstützen. Dafür brauchen wir Ihre Hilfe und Ihre aktive Geduld. Ich wünsche Ihnen allen Erfolg in Ihren Tätigkeiten zum Wohl der Bürger.

Gott segne euch. Alles Gute.

Antwort des Oberbürgermeisters, Herr Dr. Trümper

In seiner Erwiderung geht Herr Dr. Trümper kurz auf den Hintergrund der Problematik ein. Er macht deutlich, aufgrund fehlender Reaktion auf sein Schreiben vom 15.04.08, Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Vorhabens seitens der russisch-orthodoxen Gemeinde zu haben.

Zu dem vereinbarten Gesprächstermin am 23.06.08 äußert Herr Dr. Trümper seine Erwartung, dort konkrete Belege für einen positiven Fortgang des Vorhabens vorgelegt zu bekommen.

3. Werner Kästner, Fichtestraße 9, 39122 Magdeburg

Ich habe in meinen Besitz zwei Garagen gehabt und die wurden mir vom Oberbürgermeister der Stadt, bzw. seinem Vollzugsdienst kaputt gemacht und jetzt enteignen Sie hier meine Garagen. Dann habe ich Sie aufgefordert, schriftlich mehrmals hier in Ihrem Briefkasten hier unten, dass Sie sich mit mir auseinandersetzen, öffentlich. Die haben Sie gescheut, die Auseinandersetzung. Ich habe versucht, das Problem irgendwo sachlich zu lösen.

Meine konkrete Frage ist, warum ich nicht einen Euro Ersatz für die Garagen gekriegt habe.

Antwort des Oberbürgermeisters, Herr Dr. Trümper

Herr Dr. Trümper stellt klar, dass Verwaltungshandeln grundsätzlich rechtskonform sein muss und sichert zu, den Vorgang prüfen und sich das Ergebnis der Prüfung vorlegen zu lassen. Nach Abschluss der Prüfung wird der Bürger vom Ergebnis in Kenntnis gesetzt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vors. des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Mitglieder des Gremiums

Hildebrand, Jürgen Dr.

Balzer, Falko

Bischoff, Norbert

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Brüning, Hans-Werner

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Frömert, Regina

Giefers, Thorsten

Gripinski, Axel

Heendorf, Michael

Hein, Rosemarie Dr.

Heinemann, Klaus

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Huhn, Dagmar

Klein, Carsten

Krause, Bernd

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Löhr, Rainer

Meinecke, Karin

Meinecke, Sven

Meinecke, Walter

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schmicker, Wolfgang

Schmidt, Kurt Dr.

Schoenberner, Hilmar

Schuster, Frank

Schwenke, Wigbert

Seifert, Eberhard

Semmler, Thomas

Siedentopf, Uta

Stage, Michael

Stage, Mirko

Stern, Reinhard
Szydzick, Claudia
Trümper, Lutz Dr.
Wähnelt, Wolfgang
Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate
Zimmer, Gerd Dr.

Geschäftsführung

Ignatuschtschenko, Anne Dr.
Luther, Silke

Abwesend

Grünert, Gerald
Hoffmann, Martin
Kriese, Birgit
Veil, Thomas